

Wahlprogramm 2021

Hambühren
Wietze
Winsen (Aller)



Kommunalwahlprogramm 2021 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Gemeinden Hambühren, Wietze und Winsen (Aller)

Für mehr Umwelt- und Klimaschutz braucht es GRÜNE Politik. Für starke Kommunen und Bürger*innenbeteiligung braucht es GRÜNE Politik. Für Gleichberechtigung, Integration und eine starke Wirtschaft braucht es GRÜNE Politik. In enger Zusammenarbeit mit unseren Mitstreiter*innen im Kreis, Land, Bund und der Europäischen Union machen wir vor Ort Politik, um Gutes zu Erhalten und unsere Gemeinden weiter voranzubringen.

In den Westkreisgemeinden Hambühren, Wietze und Winsen (Aller) arbeiten wir in einem gemeinsamen Ortsverband zusammen und ziehen an einem Strang. Dies zeichnet auch unsere Politik aus. Für unsere über 32.000 Einwohner*innen wollen wir im Einklang mit der Natur das Beste herausholen. In dem vorliegenden Wahlprogramm haben wir einige Forderungen zu Papier gebracht.

Bei Fragen oder Anregungen freuen wir uns über eine Rückmeldung. Oder haben Sie Lust darauf, sich politisch aktiv zu beteiligen? Dann eine kurze Nachricht an Wahlprogramm2021@gruene-celle.de oder weitere Informationen unter www.gruene-celle.de abrufen.

Jens Polster, Anna Maria Wager, Jan Manske und Christine Burmeister
Vorstand des Ortsverbands



Bereit, weil Ihr es seid.



Kinder und Jugendliche, Familie

Kinder und Jugendliche brauchen Räume und Plätze zur individuellen Entwicklung, um sich zu entfalten. Wir setzen uns dafür ein, dass es genügend Angebote gibt. Dazu gehören insbesondere Spielplätze und Treffpunkte. Hier gilt es diese Orte zu erhalten und attraktiv zu gestalten. Ein Rückbau dieser Orte muss verhindert werden.

Angebote der Gemeinden für Familien, Kinder und Jugendliche sollen Angebote der freien Träger ergänzen und nicht mit diesen konkurrieren. Freie Träger sind so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Insbesondere sollte es in der Jugendarbeit Angebote geben, die auch Minderheiten berücksichtigen. Hierzu zählen insbesondere Angebote für die queere Jugend und für Jugendliche mit einem Migrationshintergrund. Entsprechende Projekte unterstützen wir. Jugendgruppen und Jugendverbände sowie Sportvereine und Jugendfeuerwehren sind wichtige Partner für die Jugendarbeit, an deren Seite wir stehen. Wir fordern die Einrichtung bzw. den Bau eines Skater-Parks und vergleichbarer Aufenthaltsräume in all unseren Gemeinden. Den Einsatz einer mobilen Jugendhilfe unterstützen wir, um Jugendliche an den Orten zu begegnen, an denen sie sich treffen. In der Gemeinde Winsen (Aller) fordern wir den lange angekündigten und bislang nicht geschaffenen Abenteuerspielplatz.

Menschen aus anderen Ländern sollen gut bei uns leben können.

Wir begrüßen, dass Kinderrechte endlich ins Grundgesetz aufgenommen werden sollten. Allerdings hätten wir uns eine weitergehende Formulierung gewünscht. In unseren Gemeinden im Celler Westkreis fordern wir, dass Kinderrechte ernst genommen werden und Kindern rechtliches Gehör gegeben wird. Hier sind geeignete Beteiligungsformen zu entwickeln.

Minderheiten

In unseren Gemeinden im Celler Westkreis wohnen Menschen verschiedener Herkunft und mit verschiedenen Lebensgeschichten. Wir setzen uns für eine offene und tolerante Gesellschaft mit gegenseitigem Respekt ein. Hierfür unterstützen wir Projekte, die der Integration von Minderheiten dienen.

Von unseren Gemeinden und Amtsträger*innen wünschen wir uns Solidarität gegenüber Minderheiten, was öffentlich bekundet werden soll. Vor vielen Rathäusern wird im Pride Month Solidarität durch das Zeigen der Regenbogenflagge gezeigt. Dies wünschen wir uns auch hier bei uns.

Die Städte- bzw. Gemeindeparterschaften der Gemeinden sollten überprüft werden, ob Minderheiten in den Partnergemeinden benachteiligt werden. Dies soll in den Partnergemeinden offen angesprochen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Jahr im Pride Month die Regenbogenflagge als Zeichen der Solidarität vor den Rathäusern gehisst wird.



Verkehr

Wir fordern die stetige Prüfung der Schulwege, um sicher mit dem Rad und zu Fuß zur Schule kommen zu können. Dazu gehören an den Hauptwegen ausgebaut Radwege von Wietze und Winsen(Aller) zum neuen Gymnasium in Hambühren. Diese Radwege müssen gut beleuchtet und sicher vor LKW und zu schnell fahrenden Autos sein.

Wir setzen sich uns für ein Radwegekonzept im Celler Westkreis ein. Hier sollen die Kommunen (Gemeinden und Landkreis) zusammenarbeiten. Dabei sind moderne E-Bikes und Lastenfahrräder sowie Anhänger in die Überlegungen einzubeziehen. Ein Netz aus Fahrradstraßen und sicheren Fahrradwegen in den Gemeinden sollte es möglich machen, die Wege des täglichen Bedarfs schnell und sicher mit dem Fahrrad zurücklegen zu können. Dem erhöhten Aufkommen des Fahrradverkehrs ist Rechnung zu tragen, indem die vorhandenen Verkehrsräume für den Verkehr neu verteilt werden. Aus allen Orten im Celler Westkreis sollte es eine schnelle Anbindung an einen zu bauenden Radschnellweg in die Celler Innenstadt geben.

Im Bereich des PKWs ist die einzig zurzeit verfügbare Technologie, die ohne schädlichen Ausstoß von klimaschädlichen Emissionen auskommt, die Elektromobilität. Wir setzen uns dafür ein, die notwendige Infrastruktur zur Nutzung dieser Technologie zu schaffen. Gleichzeitig verschließen wir nicht die Augen, dass auch diese Technologie insbesondere in der Batterieherstellung und deren Entsorgung umweltschädlich ist. Diese Probleme gilt es möglichst schnell zu lösen.

Auf kommunaler Ebene müssen genügend Möglichkeiten zur Ladung der Fahrzeuge geschaffen werden. Dabei sollten insbesondere für Auswärtige auch Schnellladestationen zur Verfügung stehen. Der Strom für die Ladestationen sollte ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Um eine Verkehrswende zu erreichen, liegt unser Schwerpunkt für kurze Wege aber auf dem Radverkehr, welchen wir deutlich attraktiver und sicherer gestalten wollen.

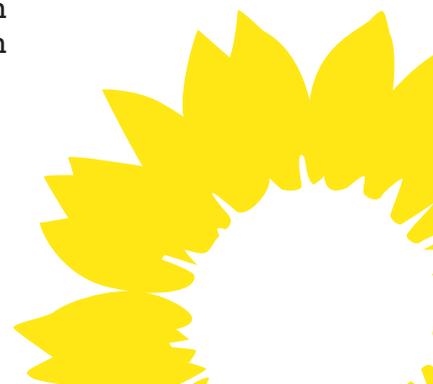
Es ist zu beobachten, dass die Ortschaften von Autos mit erhöhter Geschwindigkeit insbesondere in den Nachtstunden durchquert werden. Dies gefährdet die anderen Verkehre und führt zu einer Lärmbelastung der Anwohner*innen. Dem wollen wir mit geeigneten Maßnahmen entgegentreten. Daher fordern wir, wie in vielen anderen Gemeinden üblich, ein nächtliches Durchfahrverbot durch Ortschaften auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen zwischen 22:00 und 06:00 Uhr für LKW ab 7,5 t oder eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h.

Wir setzen uns für einen guten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Celler Westkreis ein. Dazu zählt ein verlässlicher Fahrplan des CeBus. Dieser sollte kundenfreundlich ausgestaltet und mit anderen Verkehrsträgern abgestimmt sein.

Sinnvoll ergänzt wird dieses Angebot durch das ehrenamtliche Engagement der Bürgerbusvereine. Um die Attraktivität im ÖPNV zu steigern, fordern wir Netz- statt Linientickets und einen mit der Bahn abgestimmten Takt. Darüber hinaus gilt es die Angebote im Bereich von Anrufsammeltaxen in ein Gesamtkonzept für den Celler Westkreis mit einzubeziehen, um ein eigenes Auto verzichtbarer zu machen. Im Bereich des ÖPNV sollen die Gemeinden im Celler Westkreis im Sinne einer Verbesserung des jetzigen Angebots zusammenarbeiten.

Wir wollen die Sanierung der Ortsdurchfahrt Jeversen vorantreiben. Hier kommt es immer wieder zu Überschwemmungen durch nicht abfließende Niederschläge und dadurch zu erheblichen Sachschäden an privatem Eigentum.

Um die Lärmbelastung vor allem in den Nachtstunden in den Ortschaften mit Durchfahrtstraßen zu reduzieren, fordern wir in diesen Ortschaften den Einsatz von Flüsterasphalt bei Erneuerung der Fahrbahndecken.



Gesundheit und Pflege

Wir setzen uns für den Erhalt des Kreisaltenpflegeheims in Winsen(Aller) in Trägerschaft des Landkreises und den Erhalt des Allgemeinen Krankenhaus als gemeinnützige Stiftung oder als kommunales Krankenhaus ein. Eine Privatisierung lehnen wir ab.

In Neubaugebieten und bei der Aufstellung von innerörtlichen Bebauungsplänen sollten Flächen für Pflegeeinrichtungen reserviert werden. Dabei sollen grundsätzlich gemeinnützige Organisationen bevorzugt werden.

Energie

Öffentliche Gebäude sollen zu 100 % mit erneuerbarer Energie versorgt werden. Wir fordern den maximal möglichen Ausbau der Solarenergie auf öffentlichen Grundstücken.

In Bebauungsplänen sollte, soweit rechtlich möglich, Bauherr*innen verpflichtet werden, erneuerbare Energien zu nutzen. Bei Bestandsgebäuden sollen den Eigentümer*innen aufgezeigt werden, wie durch vorhandene Förderprogramme erneuerbare Energien wirtschaftlich nutzen können. Hier sind entsprechende Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit in den Gemeinden bereit zu stellen.

Das Forschungswasserkraftwerk am Aller-Wehr in Hornbostel soll fertig gestellt werden, sofern die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Sollte dies nicht möglich sein, sollte zeitnah ein naturschutzgerechter Rückbau der schon gebauten Anlagen erfolgen.

In allen Gemeinden sind vermehrt Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen.

Schule

Wir begrüßen die Ansiedelung des Gymnasiums in Hambühren. Das Konzept der Gesamtschule sehen wir als wichtige Alternative für viele Kinder und Eltern. Als Standort für eine zweite Gesamtschule im Landkreis sehen wir den Westkreis.

In den Schulmensen setzen wir uns für gesunde, regionale und vielfältige Ernährungsangebote ein, die vor Ort frisch gekocht werden.



Wirtschaft und Tourismus

Der Flächenverbrauch sollte bei neuen Gewerbegebieten geringgehalten werden, um nicht immer mehr Natur mit Beton zu versiegeln. Soweit es die örtliche Bebauung zulässt, sollte zunächst eine innerörtliche Verdichtung geprüft werden. Um dies zu erreichen, befürworten wir Kooperationen zwischen den Gemeinden.

Wir setzen uns für die Ansiedlung eines Gründer*innen-Zentrums speziell zur Entwicklung des ländlichen Raums ein. Hier sollen Menschen mit Ideen zur Entwicklung des ländlichen Raums angelockt werden und so neue Unternehmen entstehen. Mitträger dieses Gründer*innen-Zentrums sollten die Gemeinden im Celler Westkreis sein.

Es sind dauerhafte unbürokratische Förderangebote zu schaffen, die insbesondere von Kleingewerbetreibende in Anspruch genommen werden können, um Leerstände zu vermeiden. Neben Zuschüssen können dies insbesondere Mikro-Kredite, Bürgschaften oder revolvingierende Fonds sein.

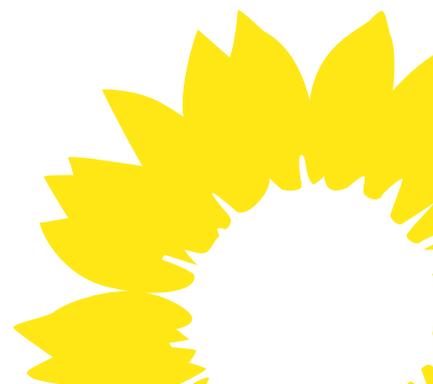
Einen weiteren Ausbau des Schlachthofes in Wietze lehnen wir grundsätzlich ab. Zur Verhinderung von nachfolgenden Gewerben beispielsweise die Herstellung von Tiernahrung wollen wir den Bebauungsplan entsprechend ändern. Der Schlachthof muss durch die Aufsichtsbehörden regelmäßig kontrolliert werden. Dies darf nicht nur in Ausnahmesituationen wie der Corona-Pandemie passieren.

Die Arbeitsverträge sollen dem Tariflohn unterliegen. Wir fordern den Landkreis Celle auf, für eine allen gesetzlichen Vorschriften entsprechende Unterbringung der Arbeitskräfte zu sorgen. Einer Erweiterung der Teststrecken von Continental und WABCO treten wir entschieden entgegen.

Es darf keine weitere Abholzung der Wälder erfolgen. Eine weitere Verdichtung des Bodens muss verhindert werden.

Der Celler Westkreis liegt mitten im Aller-Leine-Tal und somit in einer beliebten Urlaubsregion. Wir bekennen uns zum Tourismus als einen wichtigen Wirtschaftsfaktor in unserer Region. Gleichzeitig setzen wir uns für einen nachhaltigen Tourismus ein. Tourismusförderungen sollen so gestaltet sein, dass sie Urlaubs- und Freizeitangebote, die nachhaltige Konzepte entwickelt haben, im besonderen Maße fördern. Der Rad-, Wander- und Reittourismus soll besonders gefördert werden. Hier sollen insbesondere infrastrukturelle Maßnahmen im Vordergrund stehen. Als Pferdeland Niedersachsen mit dem Landgestüt in unmittelbarer Nachbarschaft sind wir ein attraktives Reiseziel für Pferdefreunde.

Der ortsbildprägende Schornstein mit Storchennest an der Hauptkreuzung in Winsen (Aller) ist unbedingt zu erhalten.



Bau und Umwelt

Schutzräume und Rückzugsorte für Kleinstsäugetiere, Vögel und Insekten sind zum Erhalt der Arten zu schaffen. Dafür müssen Nistmöglichkeiten für Vögel geschaffen werden. Auf öffentlichen Grundstücken sollen Heckenbepflanzungen und Wildblumen gepflanzt werden, wozu auch Straßenseitenräume gehören. Naherholungsgebiete durch die Ausweisung als Naturschutzgebiete müssen geschützt werden. Die Landesförderung der Pflege der Naturschutzgebiete muss angepasst werden. Für den Artenschutz fordern wir Streuobstwiesen in allen Ortschaften des Celler Westkreis anzulegen.

Retentionsflächen sind zum Schutz vor Hochwasser zu erhalten.

Auf eine Versiegelung von freien Flächen soll möglichst verzichtet werden, wobei grundsätzlich eine Nachverdichtung Vorrang vor der Ausweisung neuer Baugebiete haben sollte. Die gesetzlichen Vorgaben für die Versiegelung von privaten Grundstücken sind durch die Gemeinden und den Landkreis zu kontrollieren und durchzusetzen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, zu prüfen, inwieweit private Grundstückseigentümer für den Verzicht von Versiegelungen belohnt und gefördert werden können.

Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst auch für Siedlungen ohne Bebauungspläne entsprechende Baubauungspläne erlassen werden, damit die Gemeinden einen stärkeren Einfluss auf die Bebauung dieser Flächen ausüben können, um beispielsweise den Grad der Versiegelung zu begrenzen, die Mindestbepflanzung zu bestimmen oder die Höhe und die Art der Bebauung zu regeln. Bei der Neuaufstellung und Änderungen von Bebauungsplänen sind naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen möglichst ortsnah zu realisieren.

Wir bekennen uns zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens. Jede Kommune muss zum Erreichen des 2-Grad-Zieles ihren Beitrag leisten. Erste Maßnahmen wäre die Einsetzung eines Umweltausschusses in jedem Gemeinderat und der Beschluss einer Baumschutzsatzung, wobei auch die berechtigten Interessen der Grundstückseigentümer berücksichtigt werden sollen.

Wir setzen uns für eine Ersatzpflanzung für die durch Pilzbefall abgestorbenen Blutpflaumen in der Ortsdurchfahrt Jeversen ein.

Wir werden genau kontrollieren, ob die im Gemeinderat Wietze beschlossene freiwillige Ausgleichsmaßnahme für die gefälltten Eichen für das Feuerwehrgerätehaus in Jeversen im beschlossenen Zeitrahmen umgesetzt wird. Gemäß dem Beschluss sollen die gefälltten Eichen möglichst ortsbezogen in Jeversen oder aber in der Gemeinde Wietze nachgepflanzt werden.

Wir unterstützen den TSV Wietze beim Bauvorhaben eines Vereinsheimes auf dem Sportparkgelände in Wietze.



Haushalt

Wir setzen uns sich für ausgeglichene Haushalte in den Gemeinden ein, um die Gemeinden finanziell krisensicher zu machen und Handlungsfähigkeit für freiwillige Leistungen zu behalten. Kooperationen in den Westkreisgemeinden sollten ausgebaut werden, um Synergieeffekte zu nutzen und Haushaltsmittel zu sparen.

Ein Wettbewerb bei der Gewerbesteuer zwischen den Gemeinden im Celler Westkreis soll vermieden werden. Deswegen setzen wir uns für einen einheitlichen Gewerbesteuerhebesatz in den Gemeinden ein.

Wie bereits in den Gemeinden Winsen (Aller) und Hambühren stehen wir auch in der Gemeinde Wietze einer Abschaffung oder starken Reduzierung der Straßenausbaubeiträge offen gegenüber, wenn eine gesicherte sozial ausgewogene Finanzierung des Straßenausbaus für mindestens die nächsten zehn Jahre gewährleistet ist.

Aufgrund der unterschiedlichen örtlichen Begebenheiten und Haushaltslagen muss die Finanzierung des Straßenausbaus jede Gemeinde für sich entscheiden.

Bürgerfreundliches Rathaus

Mehr und mehr Behördengänge müssen online angeboten werden. Die Erreichbarkeit muss auch für Berufstätige gegeben sein. Einbeziehung von Bürger*innen bei Entscheidungen der Verwaltung muss im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten weitestgehend ausgeschöpft werden. Wir setzen uns dafür ein, geeignete Beteiligungsmöglichkeiten zu entwickeln. Ein Beispiel hierfür können Bürgerräte mit gelosten Mitgliedern für bestimmte Vorhaben sein.

Einrichtungen der öffentlichen Hand sollten nicht nur in der Stadt Celle vorgehalten werden, sondern auch in den Gemeinden ansiedeln werden. Als positives Beispiel ist hier der Umzug des Hölty-Gymnasiums von Celle nach Hambühren zu nennen.

Zu einer bürgerfreundlichen Verwaltung gehört auch eine klare Vision, wie die Quartiere, die Gemeinde und der Celler Westkreis in der Zukunft aussehen sollen. Nur so können sich die Bürger*innen an dieser Vision mitarbeiten und diese verwirklichen. Die Einbeziehung der Bürger*innen bei der Entwicklung ist für uns selbstverständlich.

Immer mehr freiwillige und gesetzliche Aufgaben werden von den Gemeinden übernommen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, wächst seit Jahren das Personal der Gemeinden. Dies muss näher betrachtet werden. Aus diesem Grund bedarf es einer Einsetzung eines Personalausschusses in jedem Gemeinderat.

